Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K. W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. · [Auswärts 20 Pf.] · Nr 282 · A 144 DONNERSTAG, 18. JUNI 1931 MORGEN-AUSGABE · V

Ender verlangt Ermächtigung

Seine Bedingungen für die Uebernahme der Kabinettsbildung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 17. JUNI

Amtlich wird mitgeteilt: „Der Bundespräsident ersuchte heute abend Bundeskanzler Dr. Ender, die Bildung der neuen Regierung in die Hand zu nehmen. Bundeskanzler Dr. Ender erklärte, daß nach seinen Erfahrungen die außergewöhnlichen Schwierigkeiten der heutigen Lage vom Parlament in seiner gewöhnlichen Arbeitsweise nicht bewältigt werden können und daß er daher dieser Aufforderung des Bundespräsidenten nur dann Folge leisten könne, wenn gewisse Vorbedingungen geschaffen werden.

Erste Bedingung sei, daß das Parlament der Regierung weitgehende außerordentliche Vollmachten für eine angemessene Zeit erteile, um das Gleichgewicht des Bundeshaushalts rasch wieder herzustellen und in dem die Creditanstalt betreffendem Fragenkomplex die gebotenen Maßnahmen treffen zu können. Die Mitwirkung eines kleinen parlamentarischen Ausschusses bei Ausübung dieser außerordentlichen Verordnungsgewalt wäre dabei vorzusehen.

Eine weitere Bedingung sei die, daß die Bereitwilligkeit gewisser Persönlichkeiten an der neuen Regierung gegeben sei.

Der Bundeskanzler wird morgen in Fühlungnahme mit den Parteien und den in Frage kommenden Persönlichkeiten feststellen, ob diese Bedingungen erfüllt werden, worauf er seine Entscheidung über die Annahme der Betrauung treffen wird."

Rußland ohne Bauern

Staatskapitalistische Methoden statt kommunistischer Experimente

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 17. JUNI

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei behandelte als wichtigste Frage die Sozialisierung der Landwirtschaft und die bisher erzielten Resultate, sowie die Frage des Ausbaus der Eisenbahnen.

Die Sozialisierung der Landwirtschaft, die in stärkstem Tempo gefördert worden ist, hat zahlenmäßig die erwarteten Resultate gebracht, so daß in den Hauptgetreidegebieten der Ukraine, des Nordkaukasus, der Wolga und der Krim die sozialisierte Form als erreicht gelten kann: mehr als 80 v. H. der Bauernwirtschaften und mehr als 90 v. H. der bäuerlichen Saatflächen sind dort zu Kollektivwirtschaften vereinigt. In den übrigen Getreideliefergebieten, ebenso in den Baumwoll- und Zuckerrübengebieten hat die Kollektivisierung rund 50 v. H. der Wirtschaften erfaßt, und das Zentralkomitee nimmt an, daß dort die Kollektivierung spätestens im Frühjahr 1932 voll durchgeführt sein wird. Immerhin ist auch jetzt schon, da 13 Millionen Wirtschaften in 200 000 „Kolchosen" kollektiviert sind, und außerdem 4000 Staatsgüter arbeiten, der sozialistische Sektor der Landwirtschaft an erste Stelle gerückt und nimmt etwa 70 v. H. der gesamten Saatfläche ein.

Neben diesen Hinweisen auf die zahlenmäßigen Erfolge der Kollektivierung geht aber aus den Berichten des Zentralkomitees hervor, daß in den Arbeitsmethoden der Kollektivwirtschaften, sowie auch bei den Staatsgütern starke Mängel und Fehler vorhanden sind. Die Lage wird durch folgenden Satz des Berichts beleuchtet: **Die Kollektive und Staatsgüter hätten vergessen, daß sie nicht nur säen müßten, sondern auch dem Staate zu festgesetzter Zeit und in festgesetzter Menge ihre Produktion abzuliefern hätten.**

Für die Wirtschaftstendenzen und den innenpolitischen Kurs ist bemerkenswert, daß vom Zentralkomitee sowohl für die Führung der Kollektivwirtschaften und Staatsgüter wie auch für die Gesundung des Eisenbahnwesens — dessen Ausbau weit hinter dem Entwicklungstempo der übrigen Wirtschaft zurückgeblieben ist, wodurch sich wachsende Transportschwierigkeiten zeigen — als wichtigstes Heilmittel mit allem Nachdruck strengste Durchführung kaufmännischer Buchführung gefordert wird. **Die Entlohnung der Kollektivbauern soll in Zukunft nach der faktisch geleisteten Arbeit erfolgen,** während die ursprüngliche Methode, sie nach der Kopfzahl gleichmäßig am Ertrag der Wirtschaft zu beteiligen, jetzt aufs schärfste verurteilt und abgelehnt wird.

Moderne Kolonisation

Von

DR. SVEN VON MÜLLER

Die Krise der östlichen Großlandwirtschaft zwingt zu neuen Formen der Siedlung, um mit den vorhandenen Mitteln einen wesentlich größeren Nutzeffekt zu erzielen und das Projekt der Arbeitsbeschaffung durch Melioration in den Dienst eines organischen Kolonisationsplans zu stellen.

Als der Rektor der deutschen Agrarwissenschaft, Geheimrat Sering, noch im Kriege ein Siedlungsprogramm aufstellte, das mit Hunderttausenden von neuen Stellen rechnete, begegnete er Unglauben und Ablehnung in der Landwirtschaft. Die Inflation mit ihrer relativ hohen Grundrente auf der einen und dem Mangel an kaufkräftigem Kapital auf der anderen Seite begünstigte die Besitzverteidigung der Großagrarier, und fast schien es, als ob der Gedanke der Siedlung zu einem leeren Schlagwort der Wahlversammlungen degradiert werden sollte. Wenn aber im Jahre 1930 mit 7477 neuen Stellen die Siedlungsleistung von 1925 verfünffacht werden konnte und für das laufende Jahr 10 000 neue Stellen vorgesehen sind, so bedeutet das angesichts der allgemeinen Wirtschaftsnot eine Großtat. Der so oft geforderte Wall deutscher Bauern im Osten beginnt sich bereits abzuzeichnen.

Die Siedlungsabteilung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums unter Leitung des unermüdlichen Ministerialdirektors Bollert hat ungeheure Schwierigkeiten überwunden. Der Großgrundbesitz und die von ihm kontrollierten östlichen Landwirtschaftskammern haben sich endlich zu einer wohlwollenden Neutralität gegenüber der Siedlung durchgerungen, weil sie zur Zeit der einzige Rückhalt des Gütermarktes ist. Als Mitarbeiter und Förderer der Siedlung fallen aber die Kammern trotz ihres riesigen Beamtenapparates und ihrer Schul- und Versuchsorganisation auf dem flachen Lande noch aus, so daß die Last der Siedlung bei den Landeskulturbehörden und speziellen öffentlichen und privaten Siedlungsgesellschaften liegt. Obwohl auch hier bürokratische Widerstände zu bekämpfen sind, hat das Siedlungsverfahren mit seiner langjährigen und nicht immer billigen Erfahrung sich wesentlich verbessert. Die Bauten sind solider und zweckmäßiger geworden, während gleichzeitig die Baukosten seit 1925 um 20 bis 30 v. H. gesenkt werden konnten. Die Bodenqualität und der Kulturstand der besiedelten Güter hat sich gehoben, wobei durch das Absinken des Bodenpreises den Siedlern billigeres Land geboten werden konnte. Die schematische Festlegung auf bestimmte Flächengrößen hat einer verständigen Anpassung an die natürlichen Verhältnisse Platz gemacht. Heute berechnet man eine Vollstelle nach der optimalen Ausnutzung eines Pferdegespanns je nach der Bodenbeschaffenheit, und errichtet mittlere Stellen, zu deren Bewirtschaftung Kühe als Anspannung ausreichen. Auch die Kleinstellen werden so reichlich mit Land ausgestattet, daß ihre Inhaber ziemlich unabhängig von der Lage des Arbeitsmarktes sind. Zudem sind die Formen der Siedlung durch die neuen Typen der Aufbausiedlung, deren Weiterentwicklung von dem wirtschaftlichen Gedeihen des Siedlers abhängig gemacht wird, und der Primitivsiedlung auf marktfernen und wenig ergiebigen Böden aufgelockert worden.

Es ist viel erreicht worden, aber sehr viel mehr bleibt noch zu tun. So anerkennenswert die Schaffung von insgesamt 50 000 Stellen und die Vergrößerung vorhandener Bauernstellen durch die Anliegersiedlung auch ist, so bedeutet das Erreichte aber doch nur 1 v. H. bei den vorhandenen 5 Millionen landwirtschaftlichen Stellen. Bei dem zunehmenden Angebot an nicht lebensfähigen Gütern muß aber die Siedlung wesentlich erweitert werden, um ihre Funktion als Auffang von freiwerdender landwirtschaftlicher Fläche erfüllen zu können. Da eine stärkere Kapitalbereitstellung für die Siedlung zur Zeit nicht möglich ist, müssen Wege gesucht werden, die den Nutzeffekt der vorhandenen Mittel vergrößern.

Das heutige System der Siedlung hat zwei bedenkliche Mängel. Der Ankauf der Güter erfolgt zu einem fiktiven Preise, der bei dem Fehlen eines offenen Gütermarktes durch Schätzung ermittelt wird. Nun ist eine Stützung des Gütermarktes gewiß zu begrüßen, sie darf aber keinesfalls auf Kosten der Siedler erfolgen, wenn man ihre schwierigen Existenzbedingungen nicht grundlegend gefährden will. Andererseits scheiden auch bevalutierte Objekte, die heute gelegentlich mit 60 Mark pro Morgen zur Subhastation kommen, für die Siedlung aus. Es muß aber gefordert

Mellon bei MacDonald

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 17. JUNI

Staatssekretär Mellon, der gestern nacht aus New York in London angekommen ist und mit bemerkenswerter Hartnäckigkeit immer betont, daß er sich lediglich zwecks Besuches seines Sohnes auf der Universität Cambridge nach Europa begeben hätte, scheint es doch eiliger gehabt zu haben, nach London als nach Cambridge zu kommen.

Bereits heute nachmittag stattete der Abgesandte Hoovers, wie man Mellon bei seiner gegenwärtigen Mission wohl bezeichnen darf, dem englischen Premierminister MacDonald einen Besuch ab und danach fand eine längere Unterhaltung zwischen Mellon und MacDonald im Parlament statt. Während es sich heute nur um einen Höflichkeitsbesuch gehandelt haben soll, verlautet, daß in den nächsten Tagen — selbstverständlich hinter verschlossenen Türen — Besprechungen über wirtschaftliche und politische Fragen geführt werden sollen.

Und in Paris...

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 17. JUNI

Der amerikanische Botschafter in Paris Walter Edge sprach heute beim Außenminister Briand vor, um offiziell die Reise des amerikanischen Staatssekretärs Stimson nach Paris, die Ende Juli erfolgen soll, anzukündigen. Im Anschluß daran fand ein Meinungsaustausch über die Frage der Kriegsschulden und über das Abrüstungsproblem statt.

Ein Präsident, wie er nicht sein soll

BRAUNSCHWEIG, 17. JUNI

Der nationalsozialistische Präsident des Braunschweigischen Landtags Förner hat in den letzten Sitzungen durch seine parteiische Geschäftsführung die Ordnung des Hauses erheblich gestört. Als heute im Braunschweigischen Landtage der Gauoberführende des Reichsbanners v. Frankenberg sprach, rief ihm ein nationalsozialistischer Abgeordneter „Reichsbannermörder" zu.

Erst nach einsetzenden Lärmszenen fragte der Präsident den Zwischenrufer, ob er den Redner gemeint habe. Die Antwort lautete, er habe — Hörfing gemeint. Darauf ergänzte der amtierende Präsident die Aeußerung, indem er erklärte, es stehe ja fest, daß das Reichsbanner Morde begangen habe.

Als sozialdemokratische Abgeordnete riefen, er solle nicht in die Debatte eingreifen, sondern die Würde des Hauses wahren, antwortete Förner mit dem **Ausschluß des sozialdemokratischen Abgeordneten Thielemann.** Die gesamte Fraktion der Sozialdemokraten verließ mit Thielemann den Sitzungssaal.

Volksparteiler, die diesen Präsidenten gewählt haben, erklären, daß sie leider gegen den Präsidenten nichts unternehmen könnten, da sonst die Koalition mit den Nationalsozialisten gelöst werden würde.